

rundbrief



Schwerpunkt
Energiewende

GRÜNE
Kanton Luzern

Editorial

Mit grüner Energie vorwärts!

An der Delegiertenversammlung der Grünen Schweiz präsentierten wir im Januar das neue Erscheinungsbild, mit dem wir in diesem Wahljahr schweizweit einheitlich auftreten. Zusammen mit den Baselbieter, Zürcher und Genfer Freunden gehören wir zu den ersten Kantonalparteien, die das neue Design für ihre Kampagne nutzen. Stolz konnten wir in Liestal auch unsere neuen Plakatsujets enthüllen.

Unsere Vorbereitungen für die Kantonsrats- und Regierungsratswahlen laufen auf Hochtouren. An der Nominationsversammlung wurden 81 Kandidierende vorgestellt, die sich auf unseren sechs Listen zur Wahl stellen. Sie nehmen an Wahlkampfaktionen teil, sammeln Unterschriften, füllen Fragebögen aus und verteilen Postkarten. Ebenfalls aktiv sind viele Junge Grüne. Wir wünschen allen viel Ausdauer, gute Gespräche, spannende Debatten und natürlich viel Erfolg.

Zuvor stehen am 8. März zwei nationale Vorlagen zur Abstimmung. Einerseits geht es um die CVP-Initiative, die zu hohen Steuerausfällen führt. Damit reiht sie sich ein in die unrühmliche Praxis, der öffentlichen Hand laufend Mittel zu entziehen, was Personalabbau, Sparmassnahmen und zuletzt höhere Gebühren für alle nach sich zieht.

Andererseits wird über die Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» der Grünliberalen entschieden. Die Besteuerung nicht erneuerbarer Energien ist ein urgrünes Anliegen. Über das Portemonnaie wird der Umstieg auf saubere Lösungen beschleunigt und das Klima geschont. Der Initiativtext sieht explizit auch die Besteuerung grauer Energie vor – ein wichtiger Schritt hin zu einem tieferen ökologischen Fussabdruck. Wir Grünen empfehlen ein Ja zur Initiative.

In dieser Ausgabe des Rundbriefs finden sich weitere Artikel zum Thema Energie. Vier Jahre nach dem schweren Unglück im japanischen AKW Fukushima fragen wir uns, wie es um die Energiewende und den versprochenen Atomausstieg steht. Eines steht fest: Uns Grüne braucht es weiterhin – wir setzen uns konsequent für intakte Lebensgrundlagen und eine sichere Energieversorgung ohne Strahlenrisiken ein.

Der Ball liegt bei dir! Gute Lektüre!



*Raffael Fischer
Co-Präsident Grüne Luzern
Willisau*



Energie- statt Mehrwertsteuer

Der ökologische Fussabdruck als Massstab

Die Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» verlangt, was der Titel sagt. Eine ökologische Steuerreform wollen auch die Grünen und begrüßen deshalb die Initiative.

Am 17. Dezember 2012 haben die Grünliberalen die Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» eingereicht. Sie verlangt, dass nichterneuerbare Energieträger wie Erdöl, Erdgas, Kohle oder Uran besteuert werden. Zur Vermeidung wesentlicher Wettbewerbsverzerrungen kann auch graue Energie besteuert werden. Im Gegenzug würde die Mehrwertsteuer abgeschafft. Diese Änderungen würden zu höherer Energieeffizienz führen, erneuerbare Energien fördern und den CO₂-Ausstoss vermindern.

Langjähriges grünes Anliegen

Diese Wirkungen liegen voll auf der energiepolitischen Linie der Grünen. Das Schweizer Steuersystem krankt seit langem an falschen Anreizen. Die Grünen haben daher vor zwanzig Jahren die nötigen Unterschriften für die eidgenössische Volksinitiative «Energie statt Arbeit besteuern» gesammelt. Die Lancierung einer ökologischen Steuerreform kam indessen damals politisch noch zu früh, so dass die Bevölkerung die Initiative 2001 klar ablehnte.

Preissignale für die Nachhaltigkeit

Seither ist auch der Bundesrat zur Überzeugung gekommen, Steuern auf nichterneuerbaren Energieträgern seien wirksam, um Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung zu vermindern. In einem zweiten Reformpaket will er eine Abgabe zur Stützung der Energiestrategie 2050 vorschlagen. Das ist dringend: Heute lässt sich ohne grosse ökonomische Folgen umweltschädlich wirtschaften. Das muss aufhören. Die Initiative würde die nötigen Preissignale zur Förderung und Entwicklung einer nachhaltigen Ökonomie aussenden.

Grüner Gegenvorschlag abgelehnt

Trotzdem lehnt der Bundesrat – wie die Mehrheit des Parlaments – die Initiative ab. Die Energiesteuer müsste zu hoch angesetzt werden, sagt er, und mit ihrem Erfolg würde sie immer noch weiter steigen müssen. Vor allem die Exportwirtschaft würde viel stärker belastet und gegenüber ausländischen Firmen grosse Konkurrenz Nachteile erfahren. Die Mehrwertsteuer sei zudem am ertragsreichsten.

Nachteile blieben der Fraktion der Grünen in Bundesbern nicht verborgen. Sie wollte einen direkten Gegenvorschlag, der eine Lenkungsabgabe an die Stelle der Steuer setzte. Zudem hätte er die Mehrwertsteuer beibehalten. Mit einer Abgabe würde der Ertrag direkt an die Bevölkerung zurück- und nicht in die allgemeine Bundeskasse fliessen. Leider lehnte das Parlament den Antrag ab.

Abwägen zugunsten der Umwelt

So unterstützte die Fraktion schliesslich die Initiative. Die Gegenargumente sind nicht wirklich überzeugend. Letztlich tragen Konsumentinnen und Konsumenten sowohl Mehrwert- wie Energiesteuern. Der Vorteil der Energiesteuer ist ihre lenkende Wirkung. Sie vermindert Umwelt- und Energieverbrauch. Mit der Besteuerung grauer Energie öffnet sich in einer Zwischenphase zudem der Weg hin zur Besteuerung des ökologischen Fussabdrucks. Er muss die Besteuerungsgrundlage der Zukunft sein. Umwelt und Energie wirken sich dann auch preislich aus: Ein grosser Fortschritt.



Louis Schelbert
Nationalrat Grüne
Luzern



Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer»

Parole:

JA

Atomausstieg

Bitte nachbessern, lieber Ständerat!

Vor knapp vier Jahren führte das Reaktorunglück von Fukushima drastisch vor Augen, wie gefährlich die Atomkraft ist. Doch der Nationalrat ist offenbar nicht gewillt, die Lehren aus der Katastrophe zu ziehen. Nun ist der Ständerat in der Pflicht, für einen echten Schutz der Schweizer Bevölkerung zu sorgen.

Wer Energiewende sagt, muss auch Atomausstieg sagen. Logisch eigentlich, würde man meinen – denn der Ausstieg aus dieser Hochrisiko-Technologie war letztendlich, unter dem Eindruck der Katastrophe in Fukushima, der Auslöser für den geplanten Umbau des Schweizer Energiesystems. Doch ausgerechnet bei dieser entscheidenden Frage verliess den Nationalrat in der Wintersession der Mut. Er beschloss einen «Atomausstieg», der diesen Namen nicht verdient.

Gefährliches Experiment

Ein echter und konsequenter Atomausstieg hätte insbesondere bedeutet, die Uralt-AKW in Beznau und Mühleberg so schnell wie möglich vom Netz zu nehmen. Immerhin eine Begrenzung der Laufzeit auf 50 Jahre stand zur Debatte. Doch die Nationalräte entschieden sich, das gefährliche Experiment auf Kosten der Bevölkerung weiterzuführen. Versuchsfrage: «Wie lange können wir wohl ein AKW über die ursprünglich vorgesehene Betriebsdauer von maximal 40 Jahren hinaus laufen lassen?» 20 Jahre über diese Zeit dürfen es für die rechte Parlamentsmehrheit schon sein. Und das, obwohl Beznau und Mühleberg jetzt schon deutliche Zeichen von Altersschwäche zeigen.

«Sicher» ist nicht sicher genug

Immerhin, mag man einwenden, hat der Nationalrat aber doch ein Langzeitbetriebskonzept für die AKW eingeführt. Demnach müssen die Betreiber nach eben diesen 40 Jahren ein Konzept

dafür einreichen, wie sie ihren Reaktor über das Pensionsalter hinaus sicher betreiben wollen. Nur ist «sicher» leider nicht sicher genug. Einzig eine steigende Sicherheitsmarge würde die Risiken zumindest teilweise kompensieren. Doch die Forderung des Nachweises eben dieser steigenden Sicherheit der AKW wurde im Nationalrat mit einem Zufallsmehr von einer Stimme Unterschied abgelehnt. Mehr als eine kleine gesetzliche Verbesserung ist damit nicht erreicht. Die Reaktoren in Beznau und Leibstadt können theoretisch bis zum St. Nimmerleins-Tag weiterlaufen. Oder bis zum GAU.

Ständerat muss nachbessern

Voraussichtlich in der Herbstsession dieses Jahres wird der Ständerat die Energiestrategie 2050 und damit auch den Atomausstieg beraten. Der unverantwortliche Entscheid des Nationalrats darf dort auf keinen Fall so stehen bleiben. Langzeitbetriebskonzepte mit der Anforderung steigender Sicherheit sind das Minimum. Eine Laufzeitbeschränkung auf 50 oder noch besser 40 Jahre für alle AKW, mindestens aber für unsere drei Senioren-Reaktoren, wäre der einzige verantwortungsvolle Entscheid. Erst dann könnte man von einem echten Atomausstieg sprechen. Erst dann würden die Parlamentarier ihrer Verpflichtung nachkommen, die sie ihren Wählerinnen und Wählern schuldig sind: Sie vor Gefahren so gut wie möglich zu schützen – insbesondere vor unnötigen. Falls der Ständerat die unverantwortliche Haltung des Nationalrats aber bestätigt, muss das Volk selbst das Heft in die Hand nehmen und den Schutz vor einem AKW-Unglück einfordern.



Thomas Mäder
Medienverantwortlicher Greenpeace
Schweiz

1. Mai Feier: Fair Food in der Grünen Wirtschaft

Die Grünen werden an der diesjährigen 1. Mai-Feier in Luzern einen Stand «Grüne Wirtschaft» betreiben, an dem ein kleines Angebot an fair produzierten Lebensmitteln angeboten wird.

Mit dieser Aktion wollen wir am internationalen Tag der Arbeit darauf hinweisen, unter welchen Arbeitsbedingungen zahlreiche Lebensmittel, die wir billig aus andern Ländern importieren, produziert werden.

Das ist auch ein Thema der aktuellen Fair Food-Initiative der schweizerischen Grünen. Die globale

Agroindustrie zerstört in den Produktionsländern die herkömmlichen Strukturen und lässt die Angestellten zu Bedingungen arbeiten, die deren Gesundheit zerstören und nicht existenzsichernd sind. Kinderarbeit ist längst nicht abgeschafft. Arbeiterinnen und Arbeiter in der ganzen Welt, die unsere Nahrungsmittel produzieren, sollen davon leben können und nicht ihre Gesundheit ruinieren. Darum ist es wichtig, unsere Solidarität zu zeigen und mit der Fair Food-Initiative einen aktiven Beitrag zu leisten.

Brief an die Grünen

Kantonale Energiezukunft – ein Grünes Projekt?

Liebe Grüne

Im September 2013 wurde die Revision des Energiegesetzes im Kantonsrat durch eine unheilige Allianz von linken und bürgerlichen Kräften verhindert. Das uralte Energiegesetz von 1989 besteht unverändert fort und der Kanton Luzern verharrt im Energiebereich im vergangenen Jahrhundert. Um diesen Zustand zu beenden, haben die Grünliberalen im Oktober 2014 die kantonale Volksinitiative «Energiezukunft Luzern» lanciert. Die Energiewende ist aber ein gemeinsames Anliegen von Grünen und Grünliberalen. Ich erlaube mir deshalb, euch die Initiative kurz vorzustellen und möchte euch bitten, mit uns gemeinsam den Kanton aus seiner energiepolitischen Starre herauszuführen.

Der Kanton Luzern ist beim Strom zu 95 % und bei Brennstoffen zu gut 85 % von Importen abhängig. Die Versorgungssicherheit ist grossen Risiken ausgesetzt und der Kanton verpasst volkswirtschaftliche Chancen. Die glp-Initiative fordert deshalb die Erhöhung der lokalen Stromproduktion aus erneuerbaren Energien, um die Risiken zu reduzieren. Zudem soll der Wirtschaftsstandort Luzern gestärkt werden. Im Kanton Luzern sind zahlreiche kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) in den Bereichen Engineering, Produktion von Anlagen, energetische Erneuerung von Gebäuden sowie Entwicklung innovativer Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energieträger tätig. Die vermehrte Nutzung ihrer Technologien und Produkte in unserem Kanton, erhöht die lokale Wertschöpfung nachhaltig und schafft neue Arbeitsplätze.

Der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch im Kanton Luzern liegt aktuell bei rund 15 %. Die kantonale Energieversorgung ist somit nicht nachhaltig. Die Volksinitiative «Ener-

giezukunft Luzern» fordert, dass sich der Kanton die Verdoppelung dieses Anteils bis 2030 zum Ziel setzt. Auf dieser Grundlage kann der Kanton die notwendigen Massnahmen für den Zubau der Energieproduktion aus erneuerbaren Energien ergreifen.

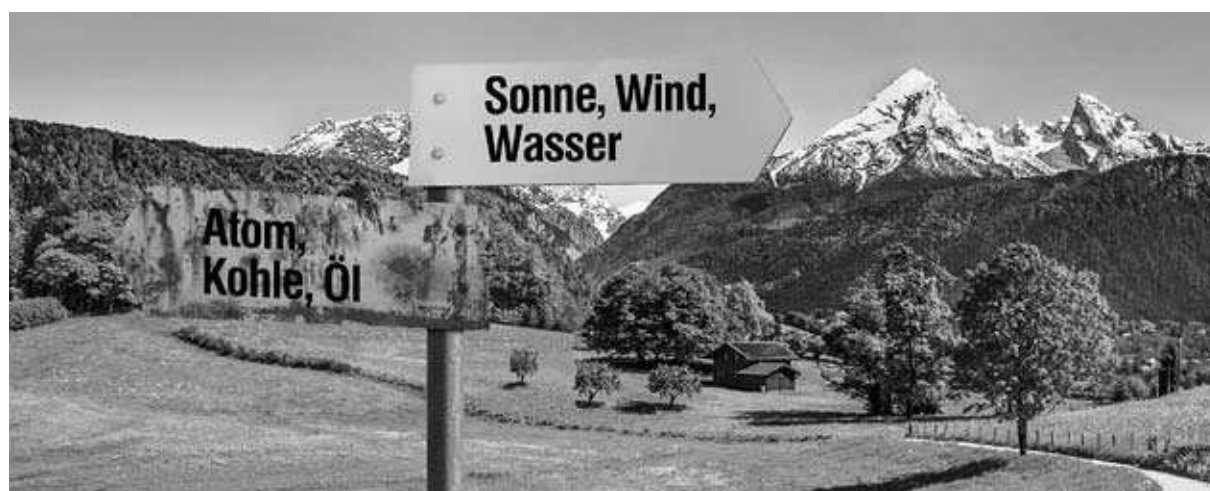
Schweizweit verbrauchen Elektroheizungen und Elektroboiler so viel Strom, wie das Kernkraftwerk Mühleberg produziert. Auch in Luzern sind unzählige dieser Stromfresser in Gebäuden im Einsatz. Die Volksinitiative fordert deshalb, dass diese Wärmeerzeuger bis 2035 durch energieeffizientere Systeme ersetzt werden. Hauseigentümer haben damit ausreichend Zeit, diese Investitionen zu planen und umzusetzen. Dank geringeren Kosten im Unterhalt führen diese Investitionen zu einer Wertvermehrung der Liegenschaft.

Den konkreten Initiativtext, den Unterschriftenbogen und weitere Informationen findet ihr unter www.energiezukunft-luzern.ch. Für eure Unterstützung durch einen Beitritt zum Komitee oder durch das Sammeln von Unterschriften sind wir sehr dankbar.

Herzliche Grüsse



*Laura Kopp
Präsidentin Grünliberale Partei Kanton
Luzern*



Familieninitiative der CVP

Nein zum unfairen Steuergeschenk

Die CVP-Initiative für «steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» fördert entgegen ihrem Anspruch die Familien nicht und hilft nicht gegen Familienarmut, aber sie führt zu etwa 1 Mrd. Franken an Steuerausfällen.

Die Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» der CVP will in der Verfassung verankern, dass die angesprochenen Zulagen von den Steuern befreit werden. Ist das nicht Ausdruck einer sozialen Familienpolitik? Der Schein trügt, das Begehren hält einer genaueren Prüfung nicht stand.

Familien werden nicht gestärkt

Die Initiative stärkt nicht die Familien, sie nützt vor allem Familien mit hohem Einkommen. Das ist nicht dasselbe und deshalb sprachen sich die Grünen im Parlament mit einer Ausnahme dagegen aus. Schon der Ansatz ist verkehrt. Die heutigen Probleme von Familien liegen nicht primär bei den Steuern. Auch dann nicht, wenn Familien Einkommensprobleme haben.



NEIN
zur «Familieninitiative» der CVP

Viele Familien profitieren nichts

Etwa die Hälfte der Familien mit Kindern zahlt gar keine Bundessteuern und auch in den Kantonen sind viele Familien ganz oder weitgehend von Steuern entlastet. Berechnungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung zeigen, dass ein Einverdienerhepaar mit zwei Kindern ab einem Einkommen von etwa 100'000 Franken direkte Bundessteuern zahlt, bei Zweiverdienerpaaren mit Betreuungskosten liegt der Betrag noch höher. Familien mit niedrigeren Einkommen können daher auf Stufe Bund mit einer Steuerbefreiung gemäss Initiative nicht entlastet werden. Für arme Familien, Familien mit drei und mehr Kindern sowie alleinerziehende Frauen bliebe sie wirkungslos.

Echte Lücken bleiben

Wer alle Familien mit Kindern wirklich materiell fördern will, erhöht Kinder- und Ausbildungszulagen oder setzt bei den Krankenkassenprämien an und erlässt diese für Kinder und junge Menschen in Ausbildung. Gegen Armut wirken anständige Mindestlöhne und Gesamtarbeitsverträge am

besten. Wichtig wäre zudem, bestehende Lücken bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stopfen (ausserfamiliäre Betreuung). Ausgerechnet jene, die es am dringendsten brauchen würden, könnten von der Initiative nicht profitieren. Steuervergünstigungen sind für die meisten Familien ungeeignet.

Riesige Steuerausfälle

Trotzdem hätte die Initiative massive Steuerausfälle zur Folge: 200 Mio. Fr. weniger direkte Bundessteuer, 760 Mio. Fr. weniger Ertrag bei Kantonen und Gemeinden (Quelle: Finanzdirektorenkonferenz). Insgesamt würde die Initiative rund eine Milliarde Franken an Steuererträgen kosten. Das kann sich die Schweiz nicht für eine Massnahme leisten, welche die vorgegebenen eigenen Ziele verfehlt. Die Initiative zwänge Bund und Kantone sodann zu unnötigen einschneidenden Massnahmen. Das wollen die Grünen nicht.

Parlament klar dagegen

Der Nationalrat lehnte die Initiative mit 159 : 35 Stimmen ab, der Ständerat mit 32 : 13 Stimmen. Auch der Bundesrat ist dagegen. Die Initiative klingt sympathisch, erreicht aber ihr selbst erklärtes Ziel nicht. Sie stärkt Familien nicht und bleibt für die meisten ohne Nutzen. Finanzpolitisch liegt sie zudem völlig quer.



Louis Schelbert
Nationalrat
Luzern

Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen»

Parole:

NEIN

Kantonale Wahlen 2015

Junger Grüner Power auf Liste 13

Wir Jungen Grünen bieten bei den diesjährigen Kantonsratswahlen eine echte Alternative. In drei Wahlkreisen kandidieren wir mit über 40 motivierten und engagierten jungen Menschen. Daneben portieren wir mit Irina Studhalter sogar eine junge Frau für den Regierungsrat. Seit Monaten geht es bei den Jungen Grünen zu und her wie in einem Ameisenhaufen: Plakate werden gestaltet, Webseiten designt, Flyer gedruckt, Kandidierende gebrieft und vieles mehr. Wir sind bereit, den besten Wahlkampf unserer jungen Geschichte hinzulegen.

Drei starke Listen – in drei Wahlkreisen

In der Stadt Luzern kämpfen wir mit der bereits in Erscheinung getretenen Regierungsratskandidatin Irina Studhalter (21) und dem Grossstadtrat Laurin Murer (27) für einen Ausweg aus der finanzpolitischen Sackgasse des Kantons. Neben ihnen treten verschiedene bekannte Junge Grüne Gesichter auf: Jona Studhalter (19), Sina Khajjamian (23) und Manuel Späni (29) – um nur einige zu nennen.

Im Wahlkreis Luzern Land haben wir die personenstärkste Liste. Hier engagieren sich neben den Vorstandsmitgliedern Vera Burtcher (22), Raoul Niederberger (23) und Fabian Takacs (23) auch viele neue Gesichter aus Luzern Land. Wir sind bereit, die Agglomeration vor der kompletten Zubetonierung zu retten und blasen frischen Wind in die verstaubte Politlandschaft.

Im Wahlkreis Hochdorf freuen wir uns über eine von Frauen dominierte Liste – mit Jana Aregger (21) und Eveline Felder (22) sind zwei langjährige Mitglieder in der Pole-Position für einen Sitzgewinn. Daneben wirken neue Mitglieder aus Emmenbrücke und Hochdorf mit. Es ist schön zu sehen, dass unsere Arbeit auch in Landregionen Früchte trägt.

Wie gewohnt ergänzen Junge Grüne Kandidatinnen in den Wahlkreisen Sursee und Entlebuch die Listen der Grünen.

Sechs themenbezogene Plakate für einen jung-grüneren Kanton

Wir haben Ideen und Visionen. Diese lassen wir uns nicht nehmen, sondern bringen sie an die Wählerinnen und Wähler. Wir kämpfen für gleiche Rechte für alle Lebensgemeinschaften und gegen den Sparwahn. Wir engagieren uns gegen die Kriminalisierung von Cannabiskonsum und für erneuerbare Energien. Wir legen uns mit der bürgerlichen Verkehrspolitik an und sind motiviert den Kanton Luzern im Bereich Kulturförderung weiterzubringen.

++ Wichtig! Deine Liste 13 ist entscheidend ++

Willst du, dass die Jungen Grünen mindestens einen Sitz im kantonalen Parlament holen und ihren Beitrag für einen fortschrittlichen und grünen Kanton Luzern leisten? Dann kommst du nicht darum herum, die Liste 13 in die Wahlurne zu legen. Nur mit deinen Listenstimmen haben die Jungen Grünen eine Chance auf einen Sitzgewinn. Stimmen für die Jungen Grünen sind nie verloren: Jede Stimme für uns Junge kommt auch den Stammgrünen zugute, da wir mit den Grünen (Liste 1) Unterlistenverbindungen haben.

Möchtest du unseren Wahlkampf finanziell unterstützen, dann sind wir dir überaus dankbar.

Junge Grüne Luzern, 6000 Luzern

Konto: 60-389053-0, Zahlungszweck: KR-Wahlen



Fabian Takacs

Co-Präsident Junge Grüne Kant. Luzern Kriens



Aus dem Kantonsrat

Sparen: Die Reichen haben eine gute Lobby!

Das kantonale Sparprogramm 2015–18 warf dieses Jahr hohe Wellen. Selbst die Behinderten – bei diesem Sparpaket mussten sie neben dem Staatspersonal die Zeche bezahlen – wagten sich auf die Strasse. Auch die Jungen Grünen protestierten am Sessionstag lautstark vor dem Parlament. Die geplanten Sparmassnahmen im Bildungsreich gefährden die Chancengleichheit.

Mit den Steuerpaketen Leistungen und Strukturen I und II hätte man eigentlich ein ausgeglichenes Budget 2015 erwarten können. Dass dies nicht erreicht wurde, weist auf die sehr schwierige Finanzsituation dieses Kantons hin. Die Regierung konnte nur einen gesetzeskonformen Aufgaben- und Finanzplan präsentieren, weil die letztes Jahr beschlossene Steuererhöhung bis 2018 verlängert und ab 2016 wieder Einnahmen der Schweizerischen Nationalbank eingesetzt wurden. Eine solche auf Unsicherheit basierende Einnahmenplanung lehnten wir ab.

Drastische Sparmassnahmen

Die Grüne Fraktion beurteilte die Sparmassnahmen als dramatisch. Das grösste Opfer wurde einmal mehr dem Personal abverlangt. Mickrige 0.3% Prozent des budgetwirksamen Personalaufwandes stehen für das kommende Jahr zur Verfügung. Unsere Forderung auf 0.5% zu erhöhen hatte keine Chance. Nicht einmal die Stimme des neuen Präsidenten des Staatspersonalverbandes, CVP-Kantonsrat Raphael Kottmann, erhielten wir. Er verweigerte die Teilnahme an der Abstimmung. Im Blog von Michael Töngi rechtfertigt er sich damit, dass er das Budget nicht aufs Spiel setzen wollte. Als ob seine Zustimmung das Budget gekippt hätte!

Die Fraktion wehrte sich mit grossem Einsatz und vielen Argumenten gegen die massiven Kürzungen im Behindertenbereich. Obwohl die Heimverbände im Vorfeld mit einem selten deutlichen Brief vor den Konsequenzen dieser Sparmassnahmen warnen, stimmte die bürgerliche Mehrheit sämtlichen Sparanträgen zu. Dem Kompromissvorschlag der

CVP, im nächsten Jahr bei den Leistungsverträgen nur 2.5% einzusparen, folgten auch wir nach der Ablehnung unserer Anträge. Auf dem Buckel der Schwächsten wird auch in der Sozialpsychiatrie und im Asyl- und Flüchtlingswesen gespart. Unser Versuch die Ausdünnungen der Fahrzeiten bei den Bussen zu verhindern, scheiterte grandios. Alle unsere Streichungsanträge hatten nicht den Hauch einer Chance.

Bürgerliche Machtdemonstration

Mit einer Machtdemonstration verhinderten die Bürgerlichen am zweiten Tag ausführliche Diskussionen über das Budget. Die Annahme des CVP-Antrages hatte zur Folge, dass der Aufwandüberschuss um weitere 1.3 Mio. Franken anstieg, was nicht mehr den gesetzlichen Vorgaben entsprach. Die FDP und die SVP setzten die CVP unter Druck, nur einem gesetzeskonformen Budget zuzustimmen. Ein Griff in die Trickkiste half den Bürgerlichen aus der Patsche. Sie sparten den Betrag beim Sachaufwand ein. Darüber wurde vor der eigentlichen Budgetdebatte abgestimmt, weshalb Anträge für Mehrausgaben im Budget bequem abgelehnt werden konnten.

Das eigentliche Fazit ist aber, dass die Bürgerlichen ihre restriktiven Vorgaben selber nicht einhalten können. Jahr für Jahr lehnen sie den Finanzplan ab und verschieben ihn auf nächstes Jahr. Dass die Wirkungen der Schuldenbremse nun auch langsam der CVP zu viel werden, zeigt ihre Flucht nach vorne. Mit Vorstössen verlangen ihre Kantonsräte eine moderate Anpassung wie auch eine kleine Steuergesetzesrevision. Die Strategie der grünen Fraktion war jedoch eine andere.

Verbesserung der Einnahmenseite

Der Streit ob nun der Kanton ein Einnahmen- oder Ausgabenproblem hat flackert praktisch an jeder Session auf. Unsere Haltung ist klar, wir müssen auch die Einnahmenseite verbessern. Es ist illusorisch, das Luzerner Finanzloch nur mit Sparen stopfen zu wollen. Aus diesem Grund befürwortete die Fraktion die Anpassungen im Steuergesetz,

Nachlese zu den Stromvorstössen

(vgl. Rundbrief 4/14)

Alain Greter hatte im Rahmen des Stromvorstosspakets in einem Postulat verlangt, den Gewinn der Stromunternehmen vom Absatz der Strommenge zu entkoppeln. Nun wurde die Anregung auf nationaler Ebene aufgenommen. Im Rahmen

der Energiestrategie 2050 befürwortete der Nationalrat in der Dezembersession ein Bonus-Malus-System für Energieunternehmen. Wer innerhalb von 5 Jahren das vom Bundesrat definierte Ziel dank Effizienzmassnahmen unterschreitet erhält einen Bonus. Das neue Geschäftsmodell heisst also weniger Strom verkaufen.

welche von der Regierung vorgeschlagen wurden und zu Mehreinnahmen im Umfang von 34 Mio. Franken geführt hätten. Es war jedoch schon im Frühling absehbar, dass solche Vorschläge nicht mehrheitsfähig sind. Die Fraktion erarbeitete daraufhin gezielte Einnahmenverbesserungen und reichte in der Maisession ein Vorstosspaket ein. Gleichzeitig wollten wir eine nächste Steuererhöhung für die Allgemeinheit verhindern, die wahrscheinlich nach den Wahlen kommt.

Wohlhabende zur Kasse beten

Am meisten mediale Aufmerksamkeit erlangte das Postulat eines Minimalsteuersatzes von 1.2 Einheiten für Gemeinden. Ein allfälliger Einnahmenüberschuss sollte in den Finanzausgleich fliessen. Dieser sehr pragmatische Ansatz hätte im Moment nur Meggen betroffen und 5.1 Mio. Franken in die Finanzausgleichskasse gespült.

Die Erhöhung des Vermögenssteuertarifs auf 1.25 Promille und die Besteuerung von Beteiligungen beim Einkommen von heute 50 auf 80 %, hätten nur die gut Betuchten in unserem Kanton betroffen. Weiter schlugen wir eine Begrenzung der Pauschale für Berufskosten auf 3000 Franken vor und die Anpassung der Grundstückgewinnsteuer für Unternehmen an jene von Privatpersonen. Die

Vorverschiebung der Inkraftsetzung des Gegenvorschlages unserer Pauschalbesteuerungsinitiative auf 1.1.2015 wurde wegen der verlorenen Abstimmung über die Abschaffung der Pauschalbesteuerung zurückgezogen.

Unsere Vorschläge hätten Mehreinnahmen im Umfang zwischen 33 und 51 Mio. Franken eingebracht und hauptsächlich die Vermögenden zur Kasse gebeten. Wie vorauszusehen war, fanden unsere Ideen keine Gnade. Mit der kategorischen Ablehnung unserer Vorstösse positioniert sich die bürgerliche Mehrheit eindeutig auf der Seite der Reichen. Sie will ihnen höhere Steuern ersparen, die Schwächeren aber zur Kasse bitten. Diese Ungerechtigkeit schreit zum Himmel und muss im Frühling mit einem kräftigen Zuwachs der grünen Fraktion korrigiert werden.



Heidi Rebsamen
Kantonsrätin
Luzern

ab 5. März
REFUGIADO
von Diego Lerman

ab 6. März
**BLACK COAL,
THIN ICE**
von Diao Yinan

ab 8. März
NORTE – THE END OF HISTORY
von Lav Diaz

ab 19. März
DURAK
von Juri Bykow

ab 26. März
**GET – DER PROZESS
DER VIVIANE AMSALEM**
von Ronit & Shlomi Elkabetz

ab 2. April
**TIEMPO
NUBLADO**
von Arami Ullón

ab 9. April
DOMINO EFFECT
von Elwira Niewiera
& Piotr Rosolowski

ab Mitte April
LES PONTS DE SARAJEVO
von Ursula Meier, Jean-Luc Godard,
Aida Begic, Leonardo Di Costanzo,
Isild Le Besco, Sergei Loznitsa u.a.

ab 15. April
DIE ÜBERNAHME
von Edgar Hagen

ab 16. April
CONDUCTA
von Ernesto Daranas

ab 23. April
ZU ENDE LEBEN
von Rebecca Panian

Detaillierte Angaben
entnehmen Sie bitte
der Tagespresse oder
dem Monatsprogramm
www.stattkino.ch

ab 30. April
**CAPITAINE
THOMAS SANKARA**
von Christophe Cupelin

ab 7. Mai
THEEB – WOLF
von Naji Abu Nowar

stattkino
im Bourbaki Panorama Luzern
Reservationen 041 410 30 60

stattkino

Initiative zu den Löhnen des Luzerner Stadtrats

Nein zur Schwächung des Staats

Das Volk soll mit der Initiative der SVP nicht nur die Möglichkeit erhalten, die Stadträte zu wählen, sondern auch noch deren Löhne festzulegen, die bisher der vom Volk gewählte Grossstadtrat im Rahmen des jährlichen Budgets festlegte.

Die populistische Forderung der SVP will diese demokratisch gut abgestützten Abläufe verändern. In letzter Konsequenz müssten dann zukünftig nicht nur Wahlen für den Stadtrat durchgeführt werden, sondern jeweils auch noch bestimmt werden, wer wieviel verdienen darf. Ein Stadtrat mit Preisschild? Nein, das wollen wir nicht.

Der Gegenvorschlag der Geschäftsprüfungskommission und des Grossen Stadtrats will, dass die Löhne der Stadträte sich an die Lohnskala des Personals anschliessen und sich in den ersten Jahren noch entwickeln sollen. Das ist eine überprüfbare Regelung, die in unsere demokratischen Strukturen gut reinpasst.

In der Wirtschaft dient das Mitarbeitergespräch mit dem Vorgesetzten nicht nur dem Festlegen des Lohns, sondern vor allem der Entwicklung der einzelnen Mitarbeiterin und des Teams. Beim Stadtrat erhält das Volk alle vier Jahre die Möglichkeit, mit dem Wahlzettel sein Feedback abzugeben. Ebenso legt der Grossstadtrat mit der Gesamtplanung jährlich für die Stadtentwicklung und die Ziele für die städtischen Abteilungen als Ganzes fest.

Zum Lohngefüge der Stadt Luzern gehört, dass Männer und Frauen in gleicher Position gleichviel

verdienen, dass auch beim Hilfspersonal existenzsichernde Löhne bezahlt werden. Dafür haben wir Grünen uns immer wieder eingesetzt. Die Löhne des städtischen Personals stagnieren aufgrund der Sparprogramme jedoch schon länger. Die SVP interessiert sich aber nicht für faire Löhne. Mit ihrer Initiative will sie einzig und allein die Stadtratslöhne senken, das eingesparte Geld wird dann sicher nicht für die Personallöhne zur Verfügung gestellt. Das ist wenig zielführend und rein populistisch.

Die SVP will den Staat schwächen – dieses Ziel ist auch in dieser Initiative enthalten. Darum sage ich ganz klar Nein zur Initiative und Ja zum Gegenvorschlag.



*Katharina Hubacher
Grossstadträtin
Luzern*

Volksinitiative: «200'000 Franken sind genug!»
und Gegenvorschlag (Reglement über die Besoldung)

Parole: NEIN
Gegenvorschlag: JA
Stichfrage: Gegenvorschlag

Natürlich Bio: Luzern, Meggen, St. Niklausen.



Bio-Metzgerei Moosmatt
Moosmattstr. 17, Luzern
Di-Fr 8.30-12.15 / 14-18.30
Sa 8-16 durchgehend

Bio-Metzgerei Meggen
Am Dorfplatz 1, Meggen
Di-Fr 8.30-12.15 / 14-18.30
Sa 8-16 durchgehend

Bio-Hofladen Mättwil
St. Niklausen / Luzern
Freitag 14-19
Sa 8-13 durchgehend



Rückblick auf das Jahr 2014

Erfolgreiches Jahr 2014 für städtische Grüne

Im Jahr 2014 haben sich die städtischen Grünen einmal mehr sehr aktiv in der Stadt Luzern für ihre Anliegen eingesetzt.

ZHB

Der forsche Entscheid zur Lancierung der Initiative zur Rettung der ZHB (Zentral- und Hochschulbibliothek) hat sich als richtig herausgestellt. Mit der Initiative ist es den Grünen gelungen, ein breit abgestütztes Komitee aus verschiedenen Parteien und Verbänden zusammenzustellen, das sich für den Erhalt und die Sanierung der ZHB und für das Vögeligärtli einsetzt. Eine im Lead der Grünen toll geleitete und einfallsreiche Abstimmungskampagne hat im September zum sensationellen Ergebnis von 76 % Ja-Stimmen geführt. Damit ist der Auftrag an den Kanton klar und die Leidenschaft der ZHB beendet.

Mattenhof

Nicht ganz reüssiert aber mit einem ansehnlichen Resultat von 40 % Nein-Stimmen haben die

Grünen ein weiteres Zeichen in der Boden- und Stadtentwicklungspolitik gesetzt. Das eigens von uns ergriffene Referendum zum Verkauf des städtischen Grundstück Mattenhof I war eine logische Folge unserer Politik; ein verantwortungsvoller Umgang mit städtischem Boden und eine nachhaltige Stadtentwicklung. Leider hat die Bevölkerung im November den Verkauf des Grundstücks beschlossen. Wir Grüne werden die Entwicklung in Luzern Süd weiterhin kritisch mitverfolgen und unsere Anliegen für eine nachhaltige Entwicklung einbringen. Insbesondere fordern wir auf dem zweiten städtischen Grundstück Mattenhof II eine autoarme 2000 Watt-Siedlung.



Korintha Bärtsch
Fraktionschefin Grosstadtrat
Luzern

Kasse sucht Betreuung

Die Grünen Stadt Luzern suchen jemanden, der die Kasse der städtischen Grünen in Zukunft führt. Die Teilnahme an den Sitzungen des städtischen Vorstands ist erwünscht, aber nicht zwingend

notwendig. Wer zuverlässig ist und einen wichtigen Job für die Grünen Stadt Luzern erledigen möchte, meldet sich für weitere Informationen bitte beim Sekretariat der Grünen (041 360 70 66 oder sekretariat@gruene-luzern.ch).

Parkettarbeiten
Malerarbeiten
Naturfarben

Luzernerstrasse 33c
CH-6010 Kriens
Telefon 079 650 79 42
www.patricksteiner.ch



Die Idee von Ihnen

Das Holz aus der Region

Die Qualität vom Schreiner

Stefan Suhner, Möbelschreinerei
Rösslimattweg 8, 6005 Luzern
Telefon 041 360 82 83
www.holzding.ch

Einbürgerung wird noch schwieriger und ungerechter

Einbürgern, bevor es erschwert wird

Die Grünen machen auf die aktuell noch geltenden Einbürgerungsmöglichkeiten mit B- und F-Ausweis aufmerksam.

Die eidgenössischen Räte haben in der Sommersession 2014 mit der bürgerlichen Mehrheit ein neues Bürgerrechtsgesetz genehmigt. Mit diesem Gesetz wird der Trend hin zu mehr Abschottung und Trennung zwischen SchweizerInnen und AusländerInnen weitergeführt.

Die alten und neuen Bedingungen für die Einbürgerungsgesuche

Bisher sind die Bedingungen für das Einreichen der ordentlichen Einbürgerungsgesuche für Ausländerinnen und Ausländer mit C Niederlassungsbewilligung, F- und B-Aufenthaltsbewilligungen gleich. Sie müssen insgesamt während 12 Jahren in der Schweiz gewohnt haben, wovon drei in den letzten fünf Jahren vor Einreichung des Gesuches in der für die Einbürgerung zuständigen Wohngemeinde. Zu erfüllen sind darüber hinaus die übrigen kantonalen und kommunalen Voraussetzungen. Profitieren vom alten Gesetz können auch alle, die die deutsche Sprache zwar sprechen aber nicht gut schreiben können.

Das neue Bürgerrechtsgesetz bringt einigen EinbürgerungskandidatInnen Vorteile, vielen aber Nachteile:

- Vom neuen Gesetz werden nur diejenigen AusländerInnen einen Vorteil haben, die eine C-Niederlassungsbewilligung haben und über gute schriftliche Deutschkenntnisse verfügen. Für das Einreichen des Gesuches müssen sie nicht mehr 12 Jahre in der Schweiz leben, es genügen 10 Jahre.
- AusländerInnen ohne Niederlassungsbewilligung C dürfen kein Einbürgerungsgesuch mehr stellen. Auch nicht, wenn sie gut integriert sind und sich länger als 10 oder 12 Jahre in der Schweiz aufhalten. Zudem werden die Jahre der Anwesenheit in der Schweiz mit dem Status F und N im neuen Gesetz nur noch zur Hälfte angerechnet.

Was tun?

Das neue Gesetz wird vermutlich nicht vor dem Sommer 2015, wohl eher anfangs 2016 in Kraft treten. Mit ihm wird es für viele AusländerInnen massiv schwieriger Schweizerin und Schweizer zu werden.

Eine Übergangsbestimmung, die im Gesetz festgeschrieben wurde, legt fest, dass alle Einbürgerungsgesuche, die vor dem Inkrafttreten bei der Gemeinde eingegeben werden, auch bis am

Schluss nach altem Recht behandelt werden. Das heisst zum Beispiel: Wenn das Gesuch in den nächsten Wochen beim Bürgerrechtswesen eingereicht wird, muss der Entscheid sich nach dem alten Recht richten, auch wenn die Kommission erst in zwei bis drei Jahren entscheidet.

Informiert bitte in eurem Umfeld mögliche EinbürgerungskandidatInnen ohne C-Ausweis:

- Sie sollen die Frist vor dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes nicht verpassen,
- sich direkt bei der Verwaltung der Wohngemeinde informieren lassen,
- und das Gesuch rechtzeitig einreichen.

Die Grünen haben mit einem Brief und einem Infoflyer alle Ausländerorganisationen im Kanton auf die kommenden Änderungen im Bürgerrechtswesen hingewiesen und mit einer Mitteilung die Medien informiert.



Ali R. Celik
Grossstadtrat
Luzern

natur-farben.ch
kurt unternäherer
malerei + farbladen
beratung, ausführung
vermietung, verkauf



tel. 041 260 07 40
schachenstrasse 3, 6020 emmenbrücke

Abstimmung Verkauf Herdschwand

Gemeinde Emmen soll Boden behalten

Die Gemeinde Emmen möchte ein Areal von ungefähr 18'000 m² an einen noch unbekannten Investor verkaufen. Die Grünen Emmen haben an ihrer Mitgliederversammlung einstimmig die Nein-Parole zu diesem Verkauf beschlossen. Der Verkauf widerspricht unter anderem der Bodeninitiative, welche die Grünen zusammen mit der SP im Februar 2015 eingereicht haben.

Es darf nicht mit Salamtaktik jedes Jahr eine Tranche Land im Zentrum der Gemeinde Emmen verkauft werden. Vielmehr soll die Gemeinde dieses Land behalten. Wenn nicht für Gemeindeaufgaben benötigt, soll die Gemeinde dieses Land im Baurecht Dritten zur Nutzung überlassen. Baurecht stellt sicher, dass nach Ablauf der Baurechtsvertragsdauer in 30 bis 100 Jahren künftige Generationen wieder von diesem Land profitieren können, ob durch eine neue Nutzung oder mit einer Erneuerung des Baurechtsvertrags. Genau dies fordern die Grünen Emmen in der Bodeninitiative, welche im Frühjahr 2015 eingereicht worden ist.

Baurecht ist auch finanzpolitisch interessant

Durch eine Abgabe im Baurecht kommen in Form von Baurechtszins laufend Einnahmen in die Gemeindekasse. Dies ist nachhaltiger als heute mit einem Verkauf kurzfristig und einmalig Einnahmen zu generieren. Die Strategie, durch den Verkauf von Grundstücken mit Buchgewinnen die Rechnung zu entlasten, funktioniert nicht endlos. Der Gemeinde Emmen gehen doch irgendwann die zu verkaufenden Grundstücke aus.

Der Gemeinderat suggeriert in einer sehr aufwändigen Information an die Stimmbürger unter anderem, dass über 30 Millionen Franken notwendig seien, wenn die Herdschwand nicht verkauft wird. Diese Zahl stammt von einer Studie, welche eine Sanierung zum Zweck des Weiterbetriebs als Betagtenzentrum untersucht hat. Sollte das Volk dem Verkauf nicht zustimmen, wird die Gemeinde den Gebäudekomplex aber sicher nicht für die Weiternutzung als Betagtenzentrum sanieren. Weiter macht der Gemeinderat mit einem möglichen Asylzentrum Stimmung. Doch ein solches stand nie zur Debatte, hat die Gemeinde Emmen doch jetzt schon das grösste Asylzentrum im Kanton Luzern.

Sorgfältige Entwicklung unserer Gemeinde

In Emmen wird im Moment sehr viel gebaut. Die Grünen meinen, dass die Gemeinde nicht auch noch selbst auf diesen Zug aufspringen und gemeindeeigenes Land möglichst schnell überbauen lassen soll. Die Infrastruktur muss mit dem Wachstum der Gemeinde Schritt halten können.



Der jetzige Gebäudekomplex auf der Herdschwand soll, wie schon vom Gemeinderat angedacht, vorläufig durch Zwischennutzungen weiter verwendet werden. So finden die Bewohner und Bewohnerinnen des Unterlöhli während dessen Sanierung in der Herdschwand ein Dach über dem Kopf. Danach soll das Grundstück sinnvollerweise im Baurecht abgegeben werden.

Das Baurecht ist ein Modell, das in vielen andere Gemeinden in der Schweiz, ob gross oder klein, erfolgreich angewendet wird. Daher ist der Vorverkaufsvertrag aus Sicht der Grünen am 8. März abzulehnen.



Andreas Kappeler
Einwohnerrat Grüne
Emmen

Vorverkaufsvertrag Herdschwand

Parole:

NEIN

Abstimmung zur Volksinitiative Verkleinerung Einwohnerrat

FDP Kriens bläst zum Angriff auf die Demokratie

In gut einem Jahr stehen kommunale Wahlen an. In dieser Zeit ist den Parteien jedes Mittel recht, sich zu profilieren. Ganz im Sinne der freisinnigen Tradition lancierte die FDP Kriens eine weitere Initiative, auf welche niemand gewartet hat, die Verkleinerung des Einwohnerrates.

Die Initianten der an Kreativitätsmangel leidenden und von allen Seiten unter Beschuss stehenden FDP Kriens blasen zum Frontalangriff auf die Demokratie. Sie fordern in ihrer neusten Initiative die Verkleinerung des Einwohnerrates von heute 36 auf 30 Sitze. Die Partei argumentiert damit, dass Kräfte gebündelt und Kosten gespart werden könnten.

Plumper Stimmenfang in Zeiten des Sparwahns

Die Initiative «Verkleinerung der Mitgliederzahl des Einwohnerrates Kriens», getarnt als wohlwollendes Kostensenkungsinstrument, entpuppt sich als populistische Stimmungsmache in Zeiten des Sparwahns und als plumper Stimmenfang im Vorfeld der Kommunalwahlen 2016. Die Argumente der Initianten sind fadenscheinig und ignorieren die Fakten. In der Einwohnerratsdebatte vom 11. Dezember 2014 sprachen sich daher abgesehen von den Vertreterinnen und Vertreter der FDP alle Parteien und der Gemeinderat gegen die Initiative aus. Die Initianten nahmen zu keinem widersprüchlichen Punkt ihrer Argumentation Stellung. Sie erduldeten die eisigen Voten von grün bis rechts, ohne die Gesichter zu verziehen. Sie erhoffen sich die Gunst der Bevölkerung und damit einen politischen Befreiungsschlag.

Dank der Vergrösserung: Bildungskommission statt Schulpflege

Vor sechs Jahren wurde die Krienser Schulpflege aufgelöst und durch eine einwohnerrätliche Bildungskommission ersetzt. Durch die Auflösung der Schulpflege konnte die Gemeinde jährlich 60'000 Franken einsparen. Die neu ins Leben gerufene Bildungskommission benötigte sechs neue Einwohnerratsmitglieder, die mit der Sitzzahlerweiterung von 30 auf 36 im Jahre 2008 rekrutiert wurden. Diese Erweiterung wollen die Initianten

nun wieder rückgängig machen. Die Folge ist, dass die Belastung der Ratsmitglieder steigt, da die Arbeit auf weniger Köpfe verteilt werden müsste und darunter würde der vom ehrenamtlichen Engagement lebende Ratsbetrieb massiv leiden.

Was bringt die FDP-Initiative dem lädierten Krienser Finanzhaushalt?

Sie bringt eine Entlastung von 15'000 Franken. Dies entspricht 0.0084% des Gesamtaufwands der Gemeinde. Dieses Verhältnis spricht für sich. Alleine die Abstimmung und die Diskussion im Einwohner- und Gemeinderat haben mehr Kosten verursacht. Bei einer Annahme der Initiative und der damit einhergehenden Sitzzahlreduktion würden die Jungparteien aus dem Krienser Parlament verbannt und der Ratsbetrieb unattraktiver werden. Dies alles für nur 15'000 Franken?

Die Jungparteien (Junge CVP, Junge Grüne, Juso, JSVP und JGLP) engagieren sich gemeinsam in einem Jungparteienkomitee gegen die Initiative. Auch die Mutterparteien von grün bis rechts wehren sich. Möchtest du uns helfen, den freisinnigen Angriff auf unsere funktionstüchtige Gemeinde-demokratie abzuwehren? Dann stimme am 8. März NEIN zur Initiative und hilf dem Komitee mit einer Spende.

Spenden an: Junge Grüne Luzern, 6000 Luzern
IBAN: CH32 0900 0000 6038 9053 0
Konto: 60-389053-0
Zahlungszweck: Nein zum Demokratieabbau



Fabian Takacs
Einwohnerrat Junge Grüne Kriens,
Co-Präsident Junge Grüne Kant. Luzern
Kriens

Initiative Verkleinerung Einwohnerrat

Parole:
NEIN

R E S T A U R A N T B A R
N E U S T A D T

Ess- & Weinkultur • Neustadtstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen

Bericht zum Referat von Hans Rudolf Herren

Globale Landwirtschaft, biologisch, nachhaltig

Aktive Grüne von Willisau und Umgebung dachten im letzten Mai über eine Veranstaltung zum Thema Landwirtschaft nach. Als Redner fragten wir Hans Rudolf Herren von der Stiftung Biovision an. Seine Antwort verblüffte uns: Ja, er komme im Januar 2015 gern ins Hinterland, man habe ihn schon angefragt! Der Luzerner Bauernverband war schneller gewesen. Es gelang uns, eine Kooperation einzufädeln: Nach dem Hauptreferat sollte auf dem Podium auch unser Nationalrat Louis Schelbert auftreten, um über Herausforderungen für die Landwirtschaft zu diskutieren.

Am 22. Januar fand unter dem Titel «Ist die globale Landwirtschaft auf dem Holzweg?» ein Diskussionsabend statt, zu dem rund 100 Personen im landwirtschaftlichen Zentrum Burgrain bei Alberswil erschienen. Den ersten Teil des Abends bestritt Hans Rudolf Herren mit seinen Ausführungen zur weltweiten Lage der Landwirtschaft. Er kritisierte den massenhaften Import von Nahrungsmitteln aus ärmeren Ländern. Dabei produziere Europa selbst mehr als doppelt so viele Lebensmittel, wie es benötige. Doch gelange über die Hälfte der Kalorien nie zum Konsumenten. Als grosse Schande kritisierte Herren, dass bei uns viele Lebensmittel weggeworfen würden. Das sei auch eine Folge der tiefen Preise. Wenn Nahrungsmittel etwas teurer wären, erhielten auch die im landwirtschaftlichen Sektor beschäftigten Personen mehr Wertschätzung.

In den Ländern des Südens werde die Landwirtschaft höher geachtet. Um eine wachsende Bevölkerung zu ernähren, bräuchte es jedoch keineswegs die Gentechnologie, «die dümmste Investition des 21. Jahrhunderts». Damit würden noch mehr Herbizide versprüht und die CO₂-Emissionen stiegen seit Jahren an. Zukunft hat für Herren nur die Biolandwirtschaft. Mit ihr werde weniger Platz beansprucht und mehr Ertrag erwirtschaftet. Die Böden und die Gesundheit werden geschont. Und



die nachhaltige Biolandwirtschaft wirke dem Klimawandel als einzige Anbaumethode entgegen.

Den zweiten Teil des Abends moderierte Stefan Heller, der Präsident des Luzerner Bäuerinnen- und Bauernverbandes. Neben Herren diskutierten die drei Nationalräte Louis Schelbert, Prisca Birrer-Heimo und Markus Ritter. Schelbert stellte die Fair-Food-Initiative der Grünen vor und wies auf die kritische Haltung zum freien Handel hin. Die Präsidentin der Stiftung für Konsumentenschutz und der Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes meinten, dass die aktuelle Situation es ermögliche, dass auch Haushalte mit tieferen Einkommen sich gute Nahrungsmittel und Fleisch leisten könnten. Zu dieser Frage erklärte Herren, der Fleischkonsum sei nicht per se negativ, doch müsste er etwas reduziert werden.

Zum Abschluss sammelten wir Unterschriften für die Fair-Food-Initiative. Ein Aufsteller war dabei der Zuspruch eines Bauern, dass ihn die vernünftige Argumentation von Schelbert und die Haltung der Grünen in dieser Frage überzeugt habe.



Fabio Banz
Kantonsratskandidat Grüne
Menzna

biologisch bauen – gesund wohnen

BAUBEGLEITUNG

CHRISTOF STUDHALTER

- Beratung und Begleitung beim Um-Bauen mit Naturmaterialien
- Schimmelsanierung, Trockenlegung
- Organisation Liegenschaftsunterhalt

Baubiologe FA, Schreiner · Bahnhofstrasse 14 · 6102 Malters · 041 497 36 35 · www.diebaubegleitung.ch



Steuersenkung

Wohin steuert Horw?

Steuern dienen der Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben, die allen Einwohnerinnen und Einwohnern dienen.

Die Rechnungen der letzten Jahre und das Budget für das Jahr 2015 in Horw zeigen, dass der finanzielle Aufwand zur Erfüllung dieser Aufgaben wächst. Dies liegt am Bevölkerungswachstum und daran, dass der Kanton und der Bund den Gemeinden Aufgaben überwälzen (z.B. Pflegefinanzierung) und auch neue Vorgaben (z.B. KESB) machen. Auf der anderen Seite brechen aufgrund der kantonalen Steuerpolitik (Halbierung der Unternehmenssteuern, Abschaffung der Liegenschaftsteuer) Steuereinnahmen weg. Der Horwer Gemeinderat rechnet mit einem unrealistisch hohen Steuerwachstum von 2,7 Prozent im Jahr 2015. Dennoch ist im Budget 2015 ein Defizit von 2,8 Millionen Franken vorgesehen.

Dabei sind längerfristig notwendige Projekte wie die Umsetzung verschiedener Massnahmen des Altersleitbildes, der Ankauf von Land zur Erstellung von günstigem Wohnraum, Anschlüsse für den Langsamverkehr oder der Aufbau einer Tageschule nicht eingeplant. Unter diesen Umständen eine dauerhafte Steuersenkung durchzwängen zu wollen, ist aus Sicht der L20 äusserst kurzfristig gedacht. Wir konnten gerade mitverfolgen, wie die Steuersenkungspolitik im Kanton zu einer Hungerkur führt, welche die gesamte Bevölkerung trifft.

Das Ziel der Steuersenkung, die am 8. Februar angenommen wurde, ist die Steigerung der Attraktivität der Gemeinde für Wohlhabende. Dies führt längerfristig dazu, dass der Wohnraum noch teurer wird und nicht nur die ärmeren, sondern auch die mittelständischen Haushalte ein Vielfaches der paar eingesparten Steuerfranken für hö-

here Mieten aufwenden müssen. Wenn Horw eine sehr steuergünstige Gemeinde werden soll, in der trotzdem Leute mit durchschnittlichem Einkommen leben können, dann dürfen nicht einfach die Steuern gesenkt werden. Man muss ein Konzept haben, um allfälligen negativen Konsequenzen für die Bevölkerung begegnen zu können.

Die 12 Prozent ärmsten Haushalte in der Gemeinde Horw profitieren höchstens einen Franken von der Steuersenkung. Wer ein steuerbares Einkommen von weniger als 60'000 Franken hat, spart weit unter 100 Franken ein. Jene 15 Haushalte, die über eine Million steuerbares Einkommen erzielen, werden im Mittel über 7'200 Franken Steuern einsparen. Über 10 Prozent der rund 1,2 Millionen Franken, welche die Steuersenkung pro Jahr kostet, kommen diesen 15 Haushalten zu Gute.

Die Steuersenkung soll aus dem Steuerausgleichsfonds finanziert werden, der durch eine einmalige Einlage von 11 Millionen Franken gespeist wurde, die ein einzelner Horwer Steuerzahler im Jahr 2013 versteuern musste. Die Argumentation, zu viel eingenommene Steuern müssen dem Volk zurückgegeben werden, hört sich in diesem Zusammenhang sehr provokativ an: denn die Steuereinnahmen, die von einer einzelnen Person oder Familie stammen, werden nicht der Bevölkerung, sondern der wohlhabenden Bevölkerung zurückgegeben. Nur wenn dieses Geld für innovative Projekte verwendet wird, kann die gesamte Bevölkerung von Horw profitieren.



*Nathalie Portmann
Einwohnerrätin L20 Horw
Horw*

Warum weite Wege gehen?

**Digital- und Offsetdruck
an der Neustadtstrasse 26**

g e g e n d r u c k _ G m b H

info@gegendruck.ch _t 041 360 82 70



Palaver im Jugendbüro Emmen

«Und du bisch duss ...»

Vom Drinnen und Draussen sein, vom Ankommen und Ausschiessen

Der Ort dieses Palavers passt. Wir treffen uns im November 2014 in Emmen, heute – noch – Vorortsgemeinde von Luzern. Emmen hat eine lange und vielfältige Einwanderungsgeschichte. In der Diskussionsrunde befinden sich Emmenbrückler, die mit unverstelltem Blick auf Fragen der Zuwanderung mitpalavern und spannende Fragen stellen. Das Palaver zeigt viele Aspekte der Zuwanderung, des Aufnehmens und Ausschiessens und vom Zusammenleben zwischen Einheimischen und Zugewanderten auf.

Eva Mey, Soziologin, setzt das Zitat einer jungen, in der Schweiz geborenen Türkin, an den Anfang ihres Kurzreferats:

«Ich kann es schon auch verstehen, dass die Schweizer eine Grenze zu mir ziehen wollen, aber ich möchte gerne akzeptiert werden. Inländerin kann ich ja schon nicht sein, das kann ich von den Schweizern nicht erwarten, aber vielleicht etwas mehr als Ausländerin.»

Eva Mey stellt ihre Ausführungen in den Zusammenhang mit den Mechanismen des Nationalstaats als Modus sozialer Schliessung und den Wandel im Kontext der Globalisierung. Die Referentin beleuchtet die Frage, drinnen oder draussen zu sein, auf verschiedene Aspekte hin und zeigt welche Faktoren mitbestimmen, ob jemand drinnen oder draussen ist, oder sich so fühlt.

Einige Zitate aus der darauf folgenden Diskussion:

«Die Angst vor dem Verlust von materiellen Errungenschaften fördert den Ausschluss ...»

«Mit dem neuen Einbürgerungsgesetz werden die Hürden höher gesetzt ...»

«Die Wirtschaft fordert die Arbeitskräfte die ihren Profit sichern ...»

«Die Politik lässt sich von der Wirtschaft instrumentalisieren ...»

«Was wäre, wenn man die Grenzen abschaffen würde ...?»

«es geht nicht um Eigenschaften von Leuten, es geht um Zuschreibungen und es geht um Macht ...»

Das Kurzreferat von Eva Mey hat allen Beteiligten der angeregten Palaver-Runde Nahrung gegeben, um die aufgeworfenen Fragen weiterzudenken und zu handeln.

Einmal mehr ein anregendes Palaver.



Für die Arbeitsgruppe Palaver

Roger Kirchhofer, Edith Hausmann, Agatha Fausch



Agenda

Februar 2015

Mo	23.	18:15	Kantonale Vorstandssitzung , Sekretariat Grüne Luzern
Mo	23.	19:00	Städtische Vorstandssitzung , Sekretariat Grüne Luzern
Fr	27.	20:00	Bar jeder Vernunft – mit Regula Rytz , Café Ambrosia, Kriens
Sa	28.	09:00	Standaktion zum Wahlauftakt , Bahnhofplatz, Luzern

März 2015

Mi	04.		Filmabend mit Michael Töngi , Stadtkino, Luzern
Sa	07.	09:00	Standaktion , vor Coop, Hochdorf
Sa	07.	14:00	Standaktion , Martiniplatz, Sursee
Mo	09.	18:15	Kantonale Vorstandssitzung , Sekretariat Grüne Luzern
Fr	13.		Velo-Tour mit Michael Töngi , Willisau und Umgebung
Sa	14.	09:00	Standaktion mit Michael Töngi , Hofmattplatz, Kriens
Di	17.	19:00	Städtische Vorstandssitzung , Sekretariat Grüne Luzern
Fr	20.	19:00	Anlass mit Michael Töngi, Nino Fröhlicher, Christina Reusser , Café Ambrosia, Kriens
Sa	21.	09:00	Standaktion , Städtli, Willisau
Fr	27.	20:00	Bar jeder Vernunft – mit Balthasar Glättli , Café Ambrosia, Kriens
So	29.	14:00	Wahlfeier
Mo	30.	19:15	kantonale Vorstandssitzung , Sekretariat Grüne Luzern

April 2015

Mo	20.	19:00	Städtische Vorstandssitzung , Sekretariat Grüne Luzern
Mo	20.	19:15	Kantonale Vorstandssitzung , Sekretariat Grüne Luzern
Sa	25.		Delegiertenversammlung Grüne Schweiz , Renens VD

Mai 2015

Mo	11.	19:15	Kantonale Vorstandssitzung , Sekretariat Grüne Luzern
Mo	18.	19:00	Städtische Vorstandssitzung , Sekretariat Grüne Luzern

Juni 2015

Mo	01.	19:15	Kantonale Vorstandssitzung , Sekretariat Grüne Luzern
Di	02.		Nominationsversammlung nationale Wahlen 2015 (Einladung folgt)
Mo	08.	19:00	Städtische Vorstandssitzung , Sekretariat Grüne Luzern
Mo	22.	19:15	Kantonale Vorstandssitzung , Sekretariat Grüne Luzern
Mo	29.	19:00	Städtische Vorstandssitzung , Sekretariat Grüne Luzern

Immer aktuell ist der Terminkalender der Grünen auf www.gruene-luzern.ch.

Parolen zu den Abstimmungen vom 8.3.2015

Vorlagen auf Bundesebene

Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen»	Nein
Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer»	Ja

Vorlagen Stadt Luzern

Initiative «200'000 Franken sind genug!»	Nein
Gegenvorschlag des Grossen Stadtrates «Änderung des Reglements über die Besoldung der Mitglieder des Stadtrates von Luzern»	Ja

Vorlage Emmen

Vorverkaufsvertrag Herdschwand	Nein
--------------------------------	------

Vorlage Kriens

Initiative Verkleinerung Einwohnerrat	Nein
---------------------------------------	------

Alle Parolen der Grünen Kanton Luzern sind auf www.gruene-luzern.ch abrufbar.

Kontaktverzeichnis

Ortsgruppen Grüne Kanton Luzern

Adligenswil

Franziska Hufschmid
 franziska.hufschmid@gruene-luzern.ch

Ebikon

Andreas Feller
 andreas.feller@gruene-luzern.ch

Emmen

Monique Frey
 monique.frey@gruene-luzern.ch

Horw

Caroline Wiezel
 caroline.wiezel@gruene-luzern.ch

Kriens

Erich Tschümperlin
 erich.tschuemperlin@gruene-luzern.ch

Luzern

Marco Müller
 marco.mueller@gruene-luzern.ch

Meggen

Ursa Sigrist
 ursa.sigrist@gruene-luzern.ch

Sursee

Andreas Hofer
 andreas.hofer@gruene-luzern.ch

Willisau

Esther Müller
 esther.mueller@gruene-luzern.ch

Valentin Arnold

valentin.arnold@gruene-luzern.ch

Junge Grüne

Raoul Niederberger
 rniederberger@gmx.ch

Impressum

Herausgeber/Inserateverkauf: Grüne Luzern,
 Brüggligasse 9, Postfach 7359, 6000 Luzern 7,
 Telefon 041 360 79 66, www.gruene-luzern.ch,
 sekretariat@gruene-luzern.ch, PC 60-16103-5

Erscheint 4x im Jahr, Auflage 1300 Exemplare;
 Abonnement: ein Jahr Fr. 30.-, Unterstützungs-
 abo: ein Jahr Fr. 60.-

Redaktion: Andreas Kappeler, Korrektorat: Raffael
 Fischer, Fotos: Antonia Meile, Fabio Banz

Konzept/Gestaltung: Grafikatelier Thomas Küng,
 Brünigstrasse 3, 6005 Luzern, Telefon 041 360 28 10,
thomas.kueng@rat.ch, www.kuenggrafik.ch
 Gestaltung/Druck: Gegendruck GmbH, Neustadt-
 strasse 26, 6003 Luzern, Telefon 041 360 82 70,
 Fax 041 362 22 37, info@gegendruck.ch



Liebe Leserinnen, liebe Leser

Wahlen 2015

Für uns Grüne hat ein intensives Wahljahr begonnen. Nur wenige Wochen bleiben unserem Regierungratskandidaten Michael Töngi und den 81 Kandidatinnen und Kandidaten für den Kantonsrat, um für sich und die grünen Anliegen zu werben. Erste unserer Plakate im frischen, neuen Look sind im Kanton Luzern bereits zu sehen, weitere sollen folgen.

Wir sind topmotiviert, für die grünen Werte einen erfrischenden und hoffentlich erfolgreichen Wahlkampf zu betreiben. Alleine können wir das aber nicht. Wir brauchen den Einsatz von möglichst vielen, die Leserbriefe schreiben, Flyer verteilen und das eigene Umfeld auf die Wahlen und die Grünen hinweisen. Und wie immer sind wir auch auf Spendengelder angewiesen.

Nur dank Spenden können wir unsere grünen Ideen erfolgreich vermitteln. Wir haben Flyer gestaltet, gedruckt und lassen sie verteilen. Wir wollen auch mit Plakaten und Inseraten präsent sein, und unseren Kurzfilm in öffentlichen Verkehrsmitteln abspielen lassen. Zudem erscheint vor den Wahlen ein Spezial-Rundbrief in einem ungewohnten Format. Das alles und mehr ist nur möglich, weil wir auf zahlreiche, grosszügige Spenderinnen und Spender zählen dürfen. Wir sagen herzlichen Dank für jede kleinere und grössere Zuwendung.

Katharina Meile
Co-Präsidentin Grüne Luzern

Raffael Fischer
Co-Präsident Grüne Luzern

PP A, 6000 Luzern 7



Empfangsschein / Récépissé / Ricevuta

Einzahlung für / Versement pour / Versamento per

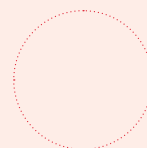
⊕ Einzahlung Giro ⊕

Einzahlung für / Versement pour / Versamento per

⊕ Versement Virement ⊕

Zahlungszweck / Motif versement / Motivo versamento

⊕ Versamento Girata ⊕



Grüne Luzern
des Kantons Luzern
6004 Luzern

Grüne Luzern
des Kantons Luzern
6004 Luzern

Wahlen 2015

Konto / Compte / Conto 60-16103-5
CHF

Einbezahlt von / Versé par / Versato da

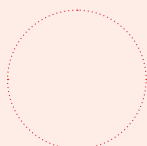
Konto / Compte / Conto 60-16103-5
CHF

Einbezahlt von / Versé par / Versato da

Einbezahlt von / Versé par / Versato da

105

44102



Die Annahmestelle
L'office de dépôt
L'ufficio d'accettazione

600161035>

600161035>